



# HESSISCHER LANDTAG

23. 04. 2013

*Zur Behandlung im Plenum  
vorgesehen*

## **Dringlicher Entschließungsantrag der Fraktion DIE LINKE betreffend Nazis und Nazistrukturen bekämpfen**

Der Landtag wolle beschließen:

Der Landtag stellt fest:

1. Trotz der NSU-Debatte, des Versagens, Vertuschens und der Verstrickung der Behörden hierbei sind die hessischen Landesbehörden entweder unfähig oder nicht willens, Nazistrukturen zu erkennen und zu bekämpfen, sondern sind wieder einmal mit Falschinformationen an Parlament und Öffentlichkeit gegangen.
2. Das Problem von Nazis und Nazistrukturen in hessischen Justizvollzugsanstalten wurde durch die Landesregierung wissentlich falsch dargestellt. Sie hat in Person des Justizministers Jörg-Uwe Hahn am 28.11.2012 bei der Beantwortung der Großen Anfrage 18/6031 vom 21.08.2012 gegenüber Öffentlichkeit und Parlament die Unwahrheit gesagt, indem sie behauptet: "In keiner hessischen Justizvollzugsanstalt liegen Erkenntnisse über Versuche von Neonazis und Neofaschisten vor, sich innerhalb der Justizvollzugsanstalt zu organisieren."
3. Selbst nach Bekanntwerden des NSU-Terrors ist die Hessische Landesregierung offenbar nur zögerlich bereit, Nazistrukturen zu erkennen und konsequent zu bekämpfen.
4. Ein unfähiger oder unwilliger Minister, der gegenüber Öffentlichkeit und Parlament die Unwahrheit sagt, ist untragbar; er muss zurücktreten.
5. Obwohl bereits im März 2012 eine Anzeige in "Bikers News" mit Grüßen an das NSU-Mitglied Beate Z. erschienen war, hat der hessische Inlandsgeheimdienst "Verfassungsschutz" keine Notwendigkeit gesehen, diese von ihm abonnierte Zeitschrift nach Neonaziaktivitäten auszuwerten.
6. Die politische Verantwortung hierfür trägt Innenminister Rhein. Ein Minister, der unfähig oder unwillig ist, Nazistrukturen und -aktivitäten aufzuklären, ist untragbar; er muss zurücktreten.

### **Begründung:**

Allen aufmerksamen Zeitungsleserinnen und Zeitungslesern war bekannt, dass:

- a) Bernd T. ein hitlerfanatischer und einschlägig vorbestrafter Nazi ist;
- b) der von ihm gegründete "Sturm 18 Cassel" sogar im VS-Bericht 2011 steht;
- c) im Sommer 2012 während der Haftzeit gegen Bernd T. ermittelt wurde wegen Zeigens des Hitlergrußes;

- d) Berndt T. vom BKA auf der 129er-Liste möglicher NSU-Helfer geführt wird;
- e) Bernd T. vom BKA im Zusammenhang mit dem NSU vernommen wurde.

Der somit den Bundes- und Landesbehörden einschlägig als militanter Nazi bekannte Bernd T. sowie mindestens ein weiterer militanter Nazi waren zum Zeitpunkt der Beantwortung der Großen Anfrage in Hünfeld inhaftiert. Sie wurden aber in der Antwort der Landesregierung gänzlich verschwiegen und konnten ungehindert über einen Zeitraum von mindestens einem Jahr von Hünfeld aus ein überregionales Nazi-Netzwerk aufbauen. Justizminister Hahn hat auf Nachfragen in der gemeinsamen Sitzung von Rechts- und Integrationsausschuss sowie Innenausschuss am 22.04.2013 zugegeben, dass ihm sowohl die nazistische Einstellung als auch Inhaftierung von Bernd T. bekannt waren.

Wiesbaden, 23. April 2013

Die Fraktionsvorsitzende:  
**Wissler**